

An die saarländische Öffentlichkeit und die Medien

Saarbrücken, 15.12.2019

Solidarität mit den Halbergern

Aus für die Gusswerke Saarbrücken droht akut – 1100 Arbeitsplätze kaputt gemacht!

Nun ist es so weit gekommen, was viele befürchtet haben. Die 400 noch nicht entlassenen Gusswerker bekommen kurz vor Weihnachten vorab schon mal ihre Kündigung. Die Gusswerke Saarbrücken (ehemals Halberg Guss) sollen endgültig in der Insolvenz abgewickelt werden. Alle Arbeitsplätze würden damit vernichtet. Ein schwerer Schlag für alle Betroffenen, die mit aufrechtem Gang über Jahre um ihre Arbeit gekämpft hatten. Sie trifft keine Schuld. Ihnen gehört unsere Solidarität.

Eine Odyssee im neoliberalen Kapitalismus findet damit einen vorläufigen Höhepunkt. Das neoliberale Credo „Alles regelt der kapitalistische Markt“ und der politische Wahnsinn zu glauben, dass nur privatkapitalistische Investoren die Rettung für solche Unternehmen bringen, gebar einen Trümmerhaufen. Diesem Irrglauben war vor allem die CDU-SPD-Landesregierung verfallen. Immer wieder suchte sie scheinbar einfache Lösungen durch Investoren, die nicht anderes im Sinn hatten, als Halberg Guss auszuquetschen wie eine Zitrone. Das taten sie dann auch und machten sich anschließend auf und davon.

Als Oskar Lafontaine mal eine andere sinnvolle Variante, eine Verstaatlichung für den Erhalt der Arbeitsplätze in die Diskussion und die Partei die Linke im Landtag einen entsprechenden Antrag zur Abstimmung stellte, gab es Prügel. Klar: CDU und AfD waren als Anwälte des marktradikalen Systems sowieso dagegen. Die SPD-Wirtschaftsministerin Rehlinger giftete vor laufenden Fernsehkameras Lafontaine an: „Das ist verantwortungslos, was sie fordern!“ Eine Schande und verantwortungslos ist in Wahrheit das Versagen der großen Koalition aus CDU-SPD und auch deren SPD-Wirtschaftsministerin. Sie lassen die Beschäftigten und ihre Familien im Stich, die auf eine Lösung gehofft und dafür gekämpft hatten. Wer hier wirklich verantwortungslos gehandelt hat, zeigt sich jetzt in vollem Ausmaß.

Diese Landesregierung aus CDU und SPD hat versagt, weil sie nie eine andere Variante ernsthaft geprüft und angestrebt hat. Immer wieder hat sie die Heuschrecken bevorzugt.

Die DKP stellt fest: Das alles ist ein Ergebnis des kapitalistischen Wirtschaftens. Das Profitmachen steht an erster Stelle und alles andere wird dadurch dominiert. Wir stellen aber auch fest, dass sich diese Landesregierung dabei die Finger schmutzig gemacht hat, weil sie sich hilflos und inkonsequent verhalten hat. Sie kommt in ihrer Wirtschaftspolitik nicht los vom Privateigentum an den Produktionsmitteln und vom neoliberalen Dogma. Damit gefährdet sie weitere Arbeitsplätze im Land! Ist es nicht höchste Zeit, die Lehren aus diesem Politikversagen zu ziehen?

Die DKP fordert: Wir benötigen auch in der saarländischen Wirtschaftspolitik einen radikalen Wechsel – wir fordern eine Alternative zu den neokapitalistischen Varianten! Es geht um den Erhalt aller Arbeitsplätze in der Industrie! Dies muss die Richtschnur sein!

Solidarität mit den Halbergern!

Jeder der entlassenen Halberger hat ein Recht auf Arbeit, jeder will den Lebensunterhalt für sich und seine Familie mit seiner Arbeitskraft sichern. Jeder hat jetzt ein Recht auf einen Ersatzarbeitsplatz. Dafür müssen die Unternehmensbosse und die Landesregierung in Haftung genommen werden.

Wir fordern einen wirksamen „Schutzschirm für alle Arbeitsplätze“, eine Landesbeteiligung an Unternehmen, um das Ausschachten von Standorten zu verhindern, ein Industriefond, in den alle Unternehmen einzahlen, um die De-Industrialisierung des Landes zu verhindern.